

Wir brauchen lebendige Schulen

■ Wuppertaler Grundschul-Entwicklungsplan ist kein politisches Glanzstück

GRÜNE fragen: Was kommt dann? Der Grundschulentwicklungsplan sieht nach dem Beschluss des Rates die Schließung von sechs Grundschulen sowie die Verlegung von drei weiteren vor.

Es werden also von 65 Grundschulen in Wuppertal 6 geschlossen. Darüber hinaus wird die Zügigkeit katholischer Grundschulen im Grundsatz auf zwei festgelegt.

Kein Glanzstück

Das alles zusammengenommen ist vor dem Hintergrund und vor den Folgen von Pisa nicht eben ein Glanzstück. Das wissen GRÜNE und hätten sich die Debatte um den Wuppertaler Grundschulentwicklungsplan anders gewünscht:

Kleine Klassen an kleinen Schulen in unmittelbarer Nachbarschaft, ohne jeden Schulausfall und mit pädagogisch hochwertiger Nachmittagsbetreuung etc.. Um in diese wünschenswerte Grundschulentwicklung einzusteigen, bräuchte es einen Grundschulentwicklungsplan, der diesen Namen auch verdient!

Der Grundschulentwicklungsplan ist aber zunächst das Ergebnis drastisch sinkender SchülerInnenzahlen - in den nächsten Jahren bis zu 20%! Er ist aber nicht - wie stereotyp vorgetragen - das Ergebnis von Haushaltskonsolidierung und er hat erst seinen Namen verdient, wenn der Rat und die Stadtverwaltung zusammen mit den Fachleuten tatsächlich den zweiten Schritt konsequent gehen und die Wuppertaler Grundschulen entwickeln. GRÜNE wussten und haben es auch immer wieder öffentlich formuliert, dass der nun beschlossene Grundschulentwicklungsplan nur der erste Schritt und ein politischer Kompromiss ist, mit dem alle Seiten mehr schlecht als recht leben können. Er bedeutet quer durch die politische Farbenlehre für jeden mindestens eine Kröte, die nicht nur geschluckt, sondern eben auch verdaut sein will, im Ergebnis ist es jedoch ein Erfolg, dass alle Fraktionen im Wuppertaler Rat zugestimmt haben.

Zwei falsche Argumente stereotyp

Es sind in den Monaten der öffentlichen Debatte immer wieder zwei verantwortungslose Vorschläge gemacht worden, der erste lautet: Keine Schule schließen! Die stetig sinkenden SchülerInnenzahlen haben zur Folge, dass

Fortsetzung Seite 3

Kinder brauchen Perspektiven – was kann der Grundschulentwicklungsplan leisten?

Umzug auf die Hinterbank

■ Von einem, der auszog, einen klaren politischen Kurs zu finden

Nachdem im November 2002 Peter Menke die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN verließ und samt seines Ratsmandates zur SPD-Fraktion wechselte, tat Guido Gehrenbeck es ihm im Februar 2003 gleich.

Schon die Argumente von Peter Menke waren fadenscheinig und politisch nicht nachvollziehbar als er ankündigte, von nun an Politik von der Hinterbank der SPD-Reihen gestalten zu wollen statt gleichberechtigt bei den GRÜNEN. Gehrenbecks Motive sind umso weniger nachvollziehbar.

Zitat aus der Pressemitteilung von Gehrenbeck am 18.02.2003: "Ausschlaggebender Grund für meinen Fraktionswechsel ist, dass die nicht eindeutig orientierte Politik der GRÜNEN Ratsfraktion im Verhältnis zur SPD einerseits und zur CDU andererseits einen klaren politischen Kurs nicht

mehr identifizierbar werden lässt."

Dann nehmen wir uns doch einmal die Zeit und lassen einige Highlights der Kommunalpolitik, seit Gehrenbeck der GRÜNEN Ratsfraktion angehörte, Revue passieren:

Juli 2001

SPD und CDU wollen eine Bebauung der Luhnsfelder Höhe in Ronsdorf. Die GRÜNEN kämpfen an der Seite von 6.000 BürgerInnen dagegen – mit Erfolg!

November 2001

Die GRÜNEN stimmen aus ökologischen Gründen gegen die Bauvorhaben am Westfalenweg/Wilhelm-Raabe-Weg sowie westlich Wittener Straße. SPD und CDU halten an diesen Plänen fest.

März 2002

GRÜNE fordern einen sofortigen Stop des Gewerbegebietes Kleine Höhe. CDU und SPD lehnen dies ab.

Mai 2002

GRÜNE bringen ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Bekämpfung der Korruption in den Rat ein. SPD und CDU stimmen für Nichtbefassung!

September 2002

SPD und CDU stimmen gegen die Einleitung eines BürgerInnenbegehrens zur Schwimmoper.

17.02.2003

Am Tag vor dem Wechsel stimmt Guido Gehrenbeck mit der GRÜNEN Ratsfraktion gegen das Bauleitplanverfahren Hainstraße/ Im Lehmbruch und begründet dies sogar in einem Redebeitrag. Trotzdem stimmen SPD und CDU für das Bauprojekt. Bemerkenswert: Auch in der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg lehnte Gehrenbeck als Einziger diese Bebauung im Namen der GRÜNEN ab! Gespannt warten wir auf Menkes aktive Politikgestaltung und Gehrenbecks Schlingerkurs, wenn es um die eindeutige Orientierung seiner neuen Fraktion geht.

AUS DEM INHALT

Barrierefreies Wuppertal S. 2

Nein zum Krieg! S. 2

Biotopverbund oder Bauplatz S. 3

Aufbruch der GRÜNEN Jugend S. 3

Guten Tag!

Liebe Leserin, lieber Leser, das politische Geschäft in Wuppertal geht seinen Gang: Der Grundschulentwicklungsplan ist nach sehr intensiven Diskussionen vom Rat verabschiedet worden, der städtische Beitrag an der Finanzierung der Regionale 2006 wurde ermöglicht. Wir hoffen alle, dass trotz des martialischen Aufmarsches der USA ein Krieg gegen den Irak noch zu vermeiden ist, auch wenn die Fakten eine andere Sprache sprechen. Wir GRÜNEN haben uns an den Friedensdemonstrationen in Wuppertal, Berlin und anderen Städten beteiligt und bleiben dabei: Nein zum Krieg! Möge sich die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung weltweit durchsetzen und einen Krieg verhindern. In diesem Sinne wünschen wir Ihnen einen optimistischen Frühling.

KURZ & klein

Barrierefreies Wuppertal

■ Veranstaltungsreihe zum Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen

Neue Straßennamen in Vohwinkel

Zur Sitzung der Bezirksvertretung (BV) Vohwinkel am 16.08.00 lag ein Bürgerantrag der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten – vor, in dem die Umbenennung der Vohwinkeler Straßennamen Mackensenstraße, Lettow-Vorbeck-Straße, Von-der-Goltz-Straße und Schlieffenstraße gefordert wurde. Unser Mitglied in der BV, Ursel Simon, unterstützte den Antrag, da auch die GRÜNEN der Meinung sind, dass Zeichen gegen rechtsradikale Tendenzen auch dadurch gesetzt werden sollten, indem Personen durch Straßennamen gewürdigt werden, die Menschlichkeit und Demokratie verkörpern statt Militarismus und Nationalismus. Leider fand auch dieser Antrag, genau wie die in der Vergangenheit mehrmals von den GRÜNEN gestellten Anträge, keine Mehrheit in der BV Vohwinkel. Die Vertreterinnen und Vertreter von CDU, SPD und FDP waren der Meinung, dass die Straßennamen beibehalten werden sollten, da man zu den geschichtlichen Ereignissen der Vergangenheit stehen müsse und ein Zusammenhang zu den rechtsradikalen Übergriffen der heutigen Zeit nicht zu erkennen sei.

Unserem Mitglied in der BV wurde vorgeworfen, hier private Interessen durchzusetzen zu wollen, die nicht unterstützenswert seien.

Halteverbot war ein Irrtum

Auf einen Bürgerantrag (unterschrieben von fast 100 AnwohnerInnen) hat die Bezirksvertretung Elberfeld über ein Halteverbot an der unteren Marienstraße beraten.

Bevor eine Sachdiskussion beginnen konnte, erklärte Herr Schmidt von Ressort 104, dass die Aufstellung der Schilder auf der irrigen Annahme beruhte, dort hätten vor Beginn der Kanalbaustelle Schilder gestanden. Die Schilder wurden einen Tag nach der Sitzung abgebaut.

An diesem Beispiel zeigt sich, dass sich der Einsatz für ein Sachthema unmittelbar lohnt, wenn sich Anwohner zusammenschließen und ihr Anliegen in die politischen Gremien einbringen. Klaus Lüdemann, Sprecher der bündnisGRÜNEN Fraktion in der Bezirksvertretung Elberfeld und selbst Anwohner der Marienstraße: "Ich habe hohe Achtung vor dem mutigen Eingeständnis von Herrn Schmidt in der Bezirksvertretung."

Wir hoffen, dass nun auch die Kommunikation zwischen AnwohnerInnen und Verwaltung verbessert wird. Denn eigentlich war ja alles nur ein großes Missverständnis, das in einem Gespräch mit AnwohnerInnen in der Marienstraße hätte vermieden werden können.

Im Hinblick auf das "Europäische Jahr der Menschen mit Behinderung 2003" begann Ende des letzten Jahres eine Veranstaltungsreihe, die Bündnis 90/DIE GRÜNEN in Kooperation mit "Behindert - na und?" e.V. organisierte.

Ziel der Veranstaltungen ist es, sich explizit mit Themen auseinander zu setzen, die für behinderte BürgerInnen in Wuppertal relevant sind.

Wuppertal ist von seiner Topologie her keine Stadt, die es rollstuhlnutzenden Menschen besonders leicht macht, in ihr zu leben. Gerade deshalb ist es umso wichtiger, sich bei der Gestaltung der Stadt, bei Neu- und Umbaumaßnahmen ganz besonders dafür einzusetzen, dass sich auch Menschen mit Behinderung möglichst uneingeschränkt und barrierefrei in der Öffentlichkeit bewegen können.

Die Mobilität von Rollstuhlfahrer/innen zu erweitern war das Anliegen eines Werkstattgesprächs mit dem Thema "Barrierefreier Umbau der Schwebebahn". Der momentan stattfindende Umbau der Schwebebahn setzt dem wichtigsten Verkehrssystem Wuppertals Maßstäbe, die in den nächsten 30 bis 40 Jahren gelten werden. Dass zu den Erfordernissen einer modernen Schwebebahn auch die Zugänglichkeit für Menschen mit Handicap gehört, war dem von uns eingeladenen Vorstandsmitglied der WSW, Herrn Hübner, bewusst und diese Zielsetzung besaß im Gesamtkonzept eine entsprechende Beachtung. Im Gespräch über konkrete Modelle von Möglichkeiten, wie Rollstuhlfahrer/innen in die Schwebebahn gelangen könnten, wurde jedoch offensichtlich, dass nichtbehinderte PlanerInnen (durchaus mit besten Absichten) manchmal an den wirklichen Bedürfnissen behinderter Nutzer/innen vorbeidenken. So verdeutlichte sich im Verlaufe der Diskussion, dass es im Sinne von Menschen mit Behinderung ist, die Schwebebahn ohne fremde Hilfe und autonom benutzen zu können. Hierzu wurden im Werkstattgespräch unterschiedliche Konzepte erörtert und miteinander abgewogen. Alles in allem war es eine fruchtbare Diskussion, die wieder einmal mehr zeigte, dass eine

rechtzeitige Einbeziehung Betroffener maßgeblich dazu beiträgt, die Ergebnisse städteplanerischer Maßnahmen im Sinne der Bürger und Bürgerinnen zu optimieren. Im Januar dieses Jahres fand ein weiteres Werkstattgespräch mit dem Thema "Barrierefreier Umbau der Wuppertaler Bühnen" statt. Hierzu eingeladen war Herr Dr. Flunkert, der Leiter des Gebäudemanagements der Stadt Wuppertal. Es war erfreulich, im Gespräch zu erfahren, dass im Sanierungsplan des Schauspielhauses die Einrichtung eines barrierefreien Zugangs für gehbehinderte Menschen vorgesehen ist, dessen Konzeptualisierung zusammen mit dem Behindertenbeirat erarbeitet worden war. Als eine vorübergehende Lösung werden Menschen mit Behinderung für die Zeit des Umbaus des Opernhauses aller-

dings einen Hintereingang benutzen müssen. Dieses ist für eine Übergangszeit durchaus praktikabel, für die endgültige Fertigstellung haben wir uns allerdings für eine Lösung eingesetzt, die es Menschen mit Behinderung erlaubt, den Haupteingang zu benutzen und es ihnen erspart, über "Sonderwege" zu ihren Plätzen geführt zu werden.

Unsere Veranstaltungsreihe Behinderung wird sich im Laufe des Jahres fortsetzen und weiterhin die Verbesserung der Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderung verfolgen. Wir verstehen unsere Aktivitäten als den regionalen Bestandteil einer Gesamtbewegung, welche die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung zum Ziel hat. So wurde im Rahmen der Zielsetzung des Europäischen Jahres der Menschen mit Behinderung die "Er-

klärung von Barcelona" formuliert. Dies ist die Selbstverpflichtung von europäischen Städten, Menschen mit Behinderung in ihrer gleichberechtigten Teilhabe am Leben in der Gesellschaft durch vielfältige Maßnahmen zu unterstützen. Die Erklärung von Barcelona wurde Anfang dieses Jahres auch von der Stadt Wuppertal unterzeichnet. In Zusammenhang mit dem seit Mai 2001 bestehenden Bundes-Gleichstellungsgesetz und dem Gleichstellungsgesetz für NRW, dessen Verabschiedung für das Jahr 2003 erwartet wird, hoffen wir, dass Erklärungen und Gesetze nicht allein Absichtserklärungen bleiben, sondern die tatsächliche Gleichberechtigung der Menschen mit Behinderung wirksam vorantreiben und dies auch in Wuppertal sichtbar wird. Hieran werden wir arbeiten!

Engagiert für die Interessen Behinderter: Sabine Neubauer, Vorsitzende von „Behindert - na und?“

Nein zum Krieg!

■ Friedensbewegung wiederbelebt

Wenn Sie diese Ausgabe von DIESE GRÜNEN in den Händen halten, wird die Entscheidung über eine zweite UNO-Resolution voraussichtlich noch nicht gefallen sein.

Momentan sieht es so aus, als würden die Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates sich mehrheitlich dem Kriegskurs von Bush und Blair verweigern. Die zweite Resolution würde dem Irak ein so kurzfristiges Ultimatum zur Abrüstung stellen, dass ein Krieg gegen den Irak bereits nach einer Woche legitimiert wäre. Dies widerspricht auch den Aussagen des obersten UN-Waffeninspektors Hans Blix, der von einer zunehmenden Kooperation von Saddam Hussein berichtet. Wir haben noch Zuversicht, dass intensive diplomatische Bemühungen und die Arbeit der Waffeninspektoren doch noch Erfolg haben werden und setzen große Hoffnungen gerade auch in unseren Außenminister Joschka Fischer. Die Wuppertaler GRÜNEN stehen hinter ihrer Bundesregierung und sagen Nein zum Irak-Krieg! Die UNO darf keinesfalls Krieg als unvermeidbares Mittel der Politik akzeptieren. Gerade hier muss klargestellt werden, dass auf der Bühne der Weltpolitik besonnen, diplo-

matisch und politisch agiert wird. Iraks Diktator Saddam Hussein muss zur Abrüstung gezwungen werden, aber es darf nicht sein Volk sein, das mit Blut dafür zahlt. Trotz aller Hoffnungen, die sich weltweit in den zahllosen Demonstrationen von Millionen von Menschen gegen den drohenden Krieg ausgedrückt haben, müssen wir mit dem Schlimmsten rechnen.

Die Friedensbewegung in Deutschland und Europa ruft für den "Tag X", den Tag des Kriegsbeginns zum massenhaften Protest auf. In Wuppertal wird es dann um 17 Uhr auf dem Kerstenplatz zur Demonstration kommen. Wird der Angriff abends oder in der Nacht geführt, ist der kommende Tag um 17 Uhr der Protesttag. Die Demonstration soll umrahmt werden von einer Auftakt- und einer Abschlusskundgebung. Nähere Informationen unter www.polog.de. Alle WuppertalerInnen sind aufgerufen, sich diesem Protest anzuschließen. Weltweit wird es mit Sicherheit beeindruckende Demonstrationen geben und wir können nur hoffen, dass wieder Millionen von Bürgerinnen und Bürgern weltweit ihrer Ablehnung eines Irak-Krieges Ausdruck verleihen werden, so dass der Druck auf die Staatshäupter der kriegsführenden Nationen spürbar wächst und sie zum Umdenken zwingt.

Salamander-Umzug

■ Lehren aus einer Umweltkatastrophe

Eine unspektakuläre Überschrift in der GRÜNEN Zeitung, die jede und jeder unterschreiben kann? Offenbar nicht unbedingt, wie die Ratssitzung vom 17. Februar zeigte.

Zum ersten Mal seit über zwei Jahren fühlte sich eine Fraktion (CDU) genötigt, eine aktuelle Viertelstunde zu beantragen. Kein Geringerer als Bürgermeister Peter Jung ergriff das Wort und warf den GRÜNEN in einem erregten Statement vor, Arbeitsplätze zu vernichten. Warum die ganze Aufregung? Im Oktober 2002 kam es durch einen Sabotageakt in einem Galvanikbetrieb in Cronenberg zur bisher - finanziell und ökologisch - schwersten Umweltkatastrophe in Wuppertal nach dem II. Weltkrieg.

1500 Liter hochgiftige Chromsäure zerstörten jegliches Leben im Herichhauser Bach. Die bündnisGRÜNE Fraktion hatte hierzu einen Fragenkatalog an die Verwaltung gestellt. Die 13 GRÜNEN Fragen betreffen u.a. den Aspekt Versicherungsschutz in Betrieben, die mit Gefahrstoffen umgehen, oder die Frage der Mengenbilanzierung (Input und Output von Gefahrstoffen). Eben diese Fragen führten bei CDU und SPD

zu teilweise heftigen Reaktionen. Für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN steht fest:

Ziel ist es, dass wir nach vorne blicken! Wir können künftige Umweltkatastrophen nur verhindern oder ihre Folgen mildern, wenn wir aus den Geschehnissen lernen. Zudem sind Arbeitsplätze in Firmen, die den notwendigen Versicherungsschutz vorhalten und die Umweltstandards erfüllen, die sicheren Jobs. Im Hinblick auf die Gefahr von zukünftigen Umweltkatastrophen vernichtet schon heute derjenige potenziell Arbeitsplätze, der entsprechenden Firmen nicht hilft die Standards einzuhalten! Vor dem Hintergrund ganz enger Personalbemessung gerade im Umweltbereich muss die Verwaltung für diese Aufgaben fit gemacht werden. Aus den 13 Fragen und Antworten werden die GRÜNEN bald weitere entsprechende Initiativen ergreifen.

Aktuell gilt es jedoch ganz Anderen zu helfen: In wenigen Wochen werden im Herichhauser Bachtal die Salamander laichen. Der Kreisverband Bündnis 90/ Die GRÜNEN plant, von einem Biologen begleitet, eine Umsiedlung der Salamander, da sie im Herichhauser Bachtal keine Nahrung mehr finden werden.

Impressum

Herausgeberin:
Ratsfraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Rathaus Barmen, 42269 Wuppertal
Tel. 563-6204 Fax: 59 64 88
E-mail: fraktion@gruene-wuppertal.de
www.gruene-wuppertal.de

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:
Peter Vorsteher (V.i.S.d.P.)
Sylvia Meyer (Redaktion), Bettina Brucher,
Lorenz Bahr, Klaus Lüdemann, Sabine Neubauer,
Ursel Simon, Paul Yves Ramette

Gastbeitrag:
Marc Schulz für die GRÜNE Jugend Wuppertal

Alle Fotos, soweit nicht anders gekennzeichnet:
Jörg Lange

Satz und Gestaltung:
Wupper-Nachrichten Verlags GmbH,
Tannenbergr. 35, 42103 Wuppertal

Druck: Verlag Bitter, Recklinghausen

Auflage: 17680

Die Abgabe ist kostenlos!

Biotopverbund oder Bauplatz für Einfamilienhäuser

■ Was soll mit der Freifläche an der Roßkamper Straße geschehen?

Immer wieder wird auch in der Bezirksvertretung Vohwinkel die Diskussion darüber geführt, dass angeblich dringend notwendige Flächen für den Bau von Einfamilienhäusern benötigt werden.

So kam auch der Bereich zwischen den Häusern Roßkamper Straße Nr. 82 und Nr. 90 in die Diskussion, da es sich um eine Freifläche in einem Wohngebiet mit Ein- und Zweifamilienhäusern handelt. Diese Fläche ist nach dem bestehenden Bebauungsplan als Grünfläche mit der Zweckbestimmung Spielplatz festgesetzt. Dieser Spielplatz ist jedoch nie realisiert worden und jetzt nicht mehr notwendig, da in der bestehenden Siedlung kaum noch kleine Kinder wohnen.

Es wurde eine Prüfung zur Änderung des Bebauungsplanes angeregt mit dem Ziel, auf dieser Grünfläche weitere Einfamilienhäuser zu errichten. Auch wir stimmten dieser Prüfung zu, obwohl schon für einen Laien zu sehen ist, dass es sich um eine großflächige Grünverbindung handelt. Aber da immer wieder behauptet wird, die GRÜNEN seien gegen jede Bebauung, wollten wir das Ergebnis der Prüfung abwarten, um eine Entscheidung zu treffen. Bereits im August 2002 machte die Fachverwaltung in einer Stellungnahme deutlich, dass eine Änderung des Bebauungsplanes zur Errichtung von Wohngebäuden an dieser Stelle für

GRÜNE wollen Biotop erhalten!

bedenklich gehalten wird und auch die Nachbargemeinde Solingen diese Einschätzung teilt. Eine Bebauung würde eine deutliche Verschlechterung des Biotopverbundes zwischen den Freiflächen in Vohwinkel und angrenzenden land- und forstwirtschaftlichen Flächen in Solingen zur Folge haben. Im Sinne des städteübergreifenden Biotopverbundes sollte daher die Fläche von einer Bebauung freigehalten und als von Bäumen geprägte Grünfläche entwickelt werden. Auch die untere Landschaftsbehörde kam bei ihrer Überprüfung zu dem Ergebnis, dass eine Festsetzung als Wohnbaufläche den Zielsetzungen des Bundesnaturschutzgesetzes widersprechen würde. Für die GRÜNEN war damit klar, dass wir einer Bebauung an dieser Stelle nicht zustimmen würden.

Die Stellungnahme gefiel der Mehrheit der Bezirksvertretung nicht. Deshalb wurde eine erneute Überprüfung beantragt. Aber auch eine erneute Bewertung der verschiedenen städtebaulichen Belange im Januar 2003 führte zu keinem anderen Ergebnis. Trotzdem wird weiter über eine Bebauung nachgedacht.

Was sollen eigentlich Überprüfungen von Fachleuten bringen, wenn bestimmte PolitikerInnen bereits vorher schon Entscheidungen getroffen haben? Für uns sind die vorgebrachten Argumente der Fachleute nachvollziehbar und deshalb bleiben wir bei unserem NEIN gegen diese Zerstörung eines wichtigen Biotopverbundes in Vohwinkel.

GASTBEITRAG:

Aufbruch der GRÜNEN Jugend

■ Die CDU hat ihre Jugendorganisation, die SPD erst recht und die FDP gleich mehrere

Jugendorganisationen sind fester Bestandteil aller Parteien und nehmen in diesem Spektrum auch jeweils ihre Rollen ein (von politisch willenlos und gefügig bis eigenständig und engagiert).

Die GRÜNEN sind seit jeher die Partei, die bei Jugendlichen den größten Reiz ausübt, so dass die Zahl derer, die in Kreisverbänden tätig sind, ohnehin größer ist als bei den Altparteien. Und trotzdem gab es hier in Wuppertal in den letzten Monaten keine aktive Jugend, die die "Mutterpartei" mal ein bis-

schen hätte unterstützen, aber auch ein bisschen hätte ärgern können.

Deswegen hat sich eine Arbeitsgruppe gegründet, die genau diese Misere beseitigen will und die Wuppertaler GRÜNEN noch jünger aussehen lassen möchte. In vier Treffen innerhalb von zwei Monaten haben wir uns zusammengefunden und über die Möglichkeiten und Perspektiven einer grünen Jugendorganisation gesprochen, über die politischen Ziele, die wir verfolgen möchten und über ihre Vermittlung. Dabei waren ca. zwölf Leute regelmäßig an der Arbeit beteiligt und es bleibt festzuhalten, dass diese Gruppe bereits jetzt sehr konstruktiv und enga-

giert arbeitet.

Unsere Schwerpunktthemen in den nächsten Monaten werden die Irak-Krise, Jugendarbeitslosigkeit und die deutsche Bildungsmisere sein. Dazu führen wir Info-Gespräche mit Betroffenen und ExpertInnen und laden zu Veranstaltungen und Aktionen ein.

Nach nunmehr zwei Monaten Arbeit steht fest, dass die Mutterpartei, anders als in anderen Parteien üblich, die Förderung der jungen Mitglieder nicht nur in Sonntagsreden betreibt, sondern ihre Einbeziehung und Unterstützung sehr wichtig nimmt. So sind mit Aline Wenderoth und Sebastian Sewerin zwei Mitglieder der Arbeitsgruppe in

den Kreisvorstand der Partei gewählt worden und mit Marcel Simon wurde ein weiterer Junggrüner Bundesdelegierter des Kreisverbandes Wuppertal. Natürlich stehen wir erst am Anfang, dieses Jahr wird das Jahr der Findung und der Positionierung in der Wuppertaler Politik sein, damit wir die drei darauf folgenden, außerordentlich stressigen Jahre (2004 Kommunalwahl, 2005 Landtagswahl, 2006 Bundestagswahl), psychisch und physisch überstehen und gemeinsam mit GRÜNs in Wuppertal für eine alternative Politik mit knall-grünem Anstrich auf kommunaler Ebene und für eine Fortführung der erfolgreichen GRÜN-roten Kooperation

auf Landes- und Bundesebene kämpfen können.

Das bedeutet für uns aber auch, dass wir Unterstützung und möglichst viele helle Köpfe brauchen, damit unsere Pläne realisiert werden können.

Am 20. März 2003 findet um 18.00 Uhr im KV-Büro von Bündnis 90/DIE GRÜNEN Wuppertal, Oberbergische Str. 8, unsere Jahreshauptversammlung statt, zu der alle Interessierten herzlich willkommen sind.

Weitere Information bei: junge-gruene-wuppertal@yahoo.com
@yahooogroups.de
Marc Schulz

... brauchen lebendige Schulen

■ Fortsetzung von Seite 1

einzelne Schulen so wenig SchülerInnen haben, dass sie ohne jeden Einfluss kommunaler Gremien geschlossen werden müssen - und das trifft auf Schulen zu, die die Einzügigkeit und weniger in den nächsten Jahren erreichen wie z.B. die Dorfschule am Stadtrand. Hinzu kommt die Konzentration deutscher und nichtdeutscher Kinder an unterschiedlichen Schulstandorten, der Konzentration hier sozial starker, dort sozial schwacher Kinder. Deshalb ist es aus GRÜNER Sicht richtig, als Kommune die Notwendigkeiten realistisch einzuschätzen und auch zu unpopulären Maßnahmen wie Schulschließungen greifen zu müssen, um Schulentwicklung überhaupt voranbringen zu können.

Reagieren und den begrenzten Einfluss auf Schulentwicklung ernst nehmen

Und dazu gehört der zweite Vorschlag: Eine Schule an zwei Standorten ist nur unter sehr begrenzten Umständen überhaupt sinnvoll, möglich und genehmigungsfähig. Dieser Weg wurde und

wird im Verfahren immer wieder geprüft, er ist aber keine Alternative zur Schließung der sechs Grundschulen heute und hat in der Vergangenheit nur dazu gedient, den Eltern leere Versprechungen an einer Stelle zu machen, die wissentlich nicht durchzuhalten sind, ganz nach dem Motto: "Wir wollten ja, aber die anderen nicht!"

Insofern stellt sich für GRÜNE die Frage, ob der Rat der Stadt Wuppertal den Weg der Grundschulentwicklung nach der Grundschulschließung ernst nehmen und nun tatsächlich konsequent gehen wird.

Kooperation städtischer Gremien

Die GRÜNEN wollten diese Absicht nochmals bekräftigen und die Kooperationsnetze verdeutlichen, um die es bei der Grundschulentwicklung jetzt und im Zusammenhang der Offenen Ganztagschule geht. Hierbei ist vorrangig die Kooperation von Jugendhilfe und Schule im Stadtteil gemeint, um eine möglichst optimale Betreuung und Förderung der Kinder zu ermöglichen. Auf

Antrag der GRÜNEN beschloss der Rat, dass die zuständigen Ratsgremien, neben dem Schulausschuss und dem Jugendhilfeausschuss auch der Sportausschuss und der Unterausschuss Jugendhilfeplanung, an der Weiterentwicklung der Grundschulen in Wuppertal mit ihrer Fach- und Sachkompetenz zwingend beteiligt werden.

Investition in Schulen

Darüber hinaus beschloss der Rat auf GRÜNEN Antrag hin, dass mehr in die Schulentwicklung investiert werden soll, als die Schulpauschale hergibt; er beschloss ein zusätzliches Investitionsprogramm für Grundschulen von über 1 Mio. €. Damit wollte der Rat verdeutlichen, dass Grundschulentwicklung in Wuppertal nicht deckungsgleich ist mit Haushaltskonsolidierung.

Was er in der Tat noch nicht beschlossen hat, weil es noch immer nicht vorliegt, sind pädagogisch sinnvolle Konzepte für den Ausbau der Stadtteilschulen. Dass diese Konzepte kommen, darüber werden GRÜNE mit Argusaugen achten.

Ratschronik vom 16.12.2002

Außerhalb der Sitzung:

Alle Stadtverordneten der GRÜNEN Fraktion und vereinzelte Stadtverordnete anderer Fraktionen hefteten sich solidarisch Schilder an die Kleidung mit dem Titel: "110 Jahre in Wuppertal, 3M Quante soll bleiben!" aus Anlass der Standortschließung, die den Verlust von 270 Jobs für Wuppertal bedeutet: 170 Entlassungen und 100 nach Neuss verlagerte Arbeitsplätze.

Einführende Worte: männlicher Dank

Bürgermeister Jung bedankte sich zunächst für die Arbeit im Jahr 2002 vor allem bei den VerwaltungsmitarbeiterInnen mit den Worten: "Jeder hat seinen Mann gestanden." Das begeistert natürlich auch die vielen Frauen in der Verwaltung, die einen großen Anteil daran hatten und haben, dass die Verfahrensabläufe möglichst reibungslos vonstatten gehen.

Resolution zu geplanter Demo von Rechtsextremisten

Einstimmig verabschiedete der Rat der Stadt eine Resolution, die im Vorfeld mit allen Fraktionen abgesprochen wurde.

Darin werden alle DemokratInnen aufgerufen, sich einer von der NPD am 11.01.2003 geplanten Veranstaltung entgegenzusetzen und Zivilcourage sowie öffentliche Präsenz zu zeigen.

Anfrage zum Hausrecht im Rathausbereich

Die GRÜNE Fraktion nahm Hinweis-schilder am Rathausgebäude zum Anlass, zur Ratssitzung nachzufragen, auf welcher Rechtsgrundlage hier das Hausrecht ausgeübt werden soll, um ggf. Menschen den Aufenthalt rund um das Rathaus versagen zu können. Aus der Antwort der Verwaltung geht klar hervor, dass das Rechtsamt der Stadt in der Sache zu keiner klaren Stellungnahme in der Lage ist. Die Fraktion bleibt bei diesem Thema am Ball.

Strategischer Partner für die WSW

Die GRÜNE Fraktion stimmte zu, als strategischen Partner der Versorgungssparte der WSW AG die RWE Plus AG (mit einem Anteil von 20 Prozent) und Cedege S.A. (mit einem Anteil von 13 Prozent) zu nehmen. Die Gründe: Die hierbei erzielten Einnahmen werden zur Realisierung des städtischen Anteils der Regionale 2006 und zur Schuldentilgung verwendet, die Finanzierung des ÖPNV ist gesichert, der Betriebsrat stimmte ebenfalls zu.

Mitgesellschafter für das Klinikum Wuppertal

Die Fraktion stimmte zu, als Mitgesellschafter des städtischen Klinikums die Firma Helios zu beteiligen, da andern-

falls in baldiger Zukunft die Kliniken hätten Insolvenz anmelden müssen. Durch den Mitgesellschafter ist gewährleistet, dass der Klinikbetrieb an beiden Standorten aufrecht erhalten und damit für die WuppertalerInnen die Versorgung in Barmen und Elberfeld aufrechterhalten bleibt, in die Modernisierung der Kliniken wird investiert und die Sicherung der Beschäftigten ist ebenfalls gewährleistet.

Feuer- und Rettungswache Waldeckstraße wird gebaut

Mit Erleichterung stimmte die GRÜNE Fraktion dem Durchführungsbeschluss zum Neubau der Feuerwache Waldeckstraße zu, damit nach Bau in 2004 die Feuerwehr in modernen und angemessenen Räumen untergebracht werden kann. Der jetzige Standort Heidter Berg entspricht seit Jahren nicht mehr den geforderten Standards.

Renovierung der Wuppertaler Bühnen

Der Rat beschloss einstimmig, mit 20 Mio. Euro Opernhaus und Schauspielhaus soweit zu sanieren, dass den Brandschutz-, Arbeitsschutz- und Sicherheitsmaßnahmen Rechnung getragen wird. Maßnahmen zur Gewährleistung der technischen und baulichen Nutzbarkeit werden ebenfalls berücksichtigt. Ein Ergänzungsantrag der GRÜNEN Fraktion, bei der Renovierung der Bühnen für behindertenge-

rechte Zugänge zu sorgen, wurde von allen Stadtverordneten einstimmig beschlossen.

Umgestaltung der B 7 beschlossene Sache

Die GRÜNE Fraktion beteiligte sich im Vorfeld intensiv an der Auseinandersetzung um die Umgestaltung der B 7 und stimmte der von der Verwaltung eingebrachten Vorlage zu, um den historischen Teil von der Loher Straße bis zur Haspeler Straße wieder besser zur Geltung zu bringen.

Ehrenordnung geändert

Auf Antrag der GRÜNEN Fraktion beschloss der Rat einstimmig, Verbesse-

rungen in der Ehrenordnung vorzunehmen wie z.B., dass Stadtverordnete keine Spenden im Namen ihrer Partei annehmen dürfen, dass Befangenheit von Stadtverordneten sich nicht nur auf die Sitzungen der städtischen Gremien erschöpfen darf, sondern auch schon in Sitzungen der Fraktionen Anwendung finden muss, dass ab einer Grenze von 5.000 Euro bzw. 5 % Beteiligungen an Unternehmen mit Sitz und Tätigkeitsschwerpunkt in Wuppertal eine Meldepflicht für PolitikerInnen eingeführt wird.

Neubau Feuerwehrhaus Linde

Auch der Neubau eines Feuerwehrhauses für die Freiwillige Feuerwehr Linde wurde vom Rat beschlossen.

Renovierung gesichert – dank GRÜNER Politik barrierefrei

Ratschronik vom 17.02.2003

Anfrage Herichhauser Bach

Die Antwort der Verwaltung auf eine umfangreiche Anfrage der GRÜNEN im Rat, in der es um die Gefahrenminimierung für die zukünftige Arbeit mit Gefahrstoffen geht, ermöglicht es nun, Konsequenzen aus dem großen Wuppertaler Umweltskandal zu ziehen. Die CDU nahm die Anfrage zum Anlass, mittels einer Aktuellen Viertelstunde zu versuchen, die GRÜNEN als Arbeitsplatzvernichter an den Pranger zu stellen. Dieses Bild wurde jedoch schnell

richtig gestellt: Arbeitsplätze und Umweltschutz müssen Hand in Hand gehen und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Umweltschutz darf nicht auf Kosten des Arbeitsplatzsicherungsargumentes den Herichhauser Bach hinunter gespült werden.

Anfrage zur nachhaltigen Entwicklung

Nach der letztjährigen Ratssondersitzung zur Lokalen Agenda 21, in der sich der Rat erneut und einstimmig zu

den Kriterien einer nachhaltigen Entwicklung bekannte, wollen die GRÜNEN wissen, welche Maßnahmen die einzelnen Geschäftsbereiche bereits ergriffen haben bzw. welche sie ergreifen werden, um das Prinzip der Nachhaltigkeit als verpflichtende Zielbestimmung umzusetzen und wie die hierfür notwendige Öffentlichkeitsarbeit geleistet werden soll. Der Maßnahmenkatalog der Verwaltung wird in der Ratssitzung am 31. März behandelt.

Resolution gegen eine Erhöhung der Landschaftsumlage

In einer Resolution forderten die GRÜNEN, dass sich der Rat gegen die geplante Erhöhung der Landschaftsumlage um 1,6 Prozentpunkte einsetzen soll. Dieser Schritt fordert den Kommunen einen höheren Beitrag ab (für Wuppertal macht dies eine Mehrbelastung von fast 3 Millionen Euro aus). Die GRÜNEN erwarten von der Landschaftsversammlung Rheinland, zunächst eigene ernsthafte Haushaltsbemühungen umzusetzen. Die Mehrheit im Rat erhielt jedoch ein nachgereicherter Antrag der CDU, der die Verantwortung ausschließlich bei Bund und Land sah.

Gegen neue Landtagswahlkreise

Der Rat der Stadt sprach sich einstimmig gegen die vom Innenminister vorgeschlagene Neuordnung der Landtagswahlkreise aus. Die bisherigen 4 Wuppertaler Wahlkreise würden durch diesen Vorschlag auf 2 reduziert. Der Rat setzt sich nun beim Innenministerium für 3 Wuppertaler Wahlkreise ein.

Resolution Offene Ganztagschulen

In einer Resolution beantragte die GRÜNE Fraktion, dass der Rat der Stadt die von der Regierung NRW geplante Einrichtung Offener Ganztagsgrundschulen und die damit verbundene Verzahnung der Bereiche Schule und Jugendhilfe begrüßt. Abgelehnt werden soll jedoch eine reine Betreu-

ung der Kinder ohne fachlich geschultes Personal. Der Rat verwies die Drucksache zur Beratung zunächst in die Fachgremien.

Lenkungsausschuss Schwimmbad-Neubau

Auf Antrag der GRÜNEN wurde ein Lenkungsausschuss gebildet, der den Schwimmbad-Neubau an der Wartburgstraße während des gesamten Prozesses politisch begleitet. Jede Fraktion ist dort mit Stimmrecht vertreten.

Bauleitplanverfahren Hainstraße / Im Lehmbruch

Die GRÜNEN brachten ihre ökologischen Bedenken in der Ratssitzung gegen die Pläne der Verwaltung zum Ausdruck: weder eine Bebauung mit 60 Wohneinheiten noch die abgespeckte Version mit 38 ist vorstellbar.

Die GRÜNEN unterstützen die Bedenken des BUND und des Landschaftsbeirates. Als Frischluftentstehungsgebiet und Lebensraum für vom Aussterben bedrohter Tiere, wie z.B. die Dorngrasmücke, ist dieses Gebiet zu wertvoll für unser Ökosystem, als dass es für eine Wohnbebauung geopfert werden soll. Trotz der GRÜNEN Bedenken beschlossen die Fraktionen von SPD, CDU und FDP das Bauleitplanverfahren.

Nachbarschaftsheim wird teurer

380.000 Euro mehr als ursprünglich geplant kostet der Kauf und Umbau einer Kirche am Elberfelder Platz der Republik. Dafür ist aber der Umzug im Juli 2003 gesichert.

Schulentwicklungsplanung

Um die Grundschulentwicklungsplanung auf einen guten, zukunftsorientierten Weg zu bringen, werden die kommunalen Gremien der Jugendhilfeplanung und der Sportausschuss in die Umsetzung einbezogen. Die Verwaltung wird beauftragt, eine detaillierte Liste der Angebote der offenen Ju-

gendarbeit etc. vorzulegen. Dies bildet die Grundlage für die Kooperation der Stadtteilschulen zusammen mit den jeweiligen Betreuungsjahren mit Einrichtungen der Jugendarbeit, der Jugendhilfe und den freiwilligen Schülerrinnensportgemeinschaften. Erst durch diese Schritte kann ein angemessenes Angebots- und Betreuungskonzept für die Grundschulen auf den Weg gebracht werden. Auch dieser GRÜNE Antrag wurde einstimmig im Rat angenommen.

Medienentwicklungsplan

Einstimmig verabschiedete der Rat der Stadt eine Vorlage der Verwaltung, nach der eine Beraterfirma den Bestand an neuen Medien in den Schulen erfassen, eine Weiterentwicklung planen und die Qualifizierung der MitarbeiterInnen auf den Weg bringen soll. Der Plan wird im Herbst vorgelegt.

Grundschulentwicklungsplanung

Insbesondere den GRÜNEN ist es zu verdanken, dass die Grundschulentwicklungsplanung im Rat einstimmig verabschiedet werden konnte. Im Vorfeld gab es einen vielstimmigen Chor der Fraktionen, die ihre politischen Vorlieben dem Gesamtkonzept nicht opfern wollten. Die GRÜNEN schafften es, alle Fraktionen nicht nur wieder an einen Tisch zu bekommen, sondern auch ein gemeinsames Konzept zu verabschieden. Weiteres siehe im entsprechenden Artikel in dieser Ausgabe.

Finanzwirtschaftliche Auswirkungen des Schulentwicklungsplanes

Die GRÜNEN beantragten, dass alle über den Haushaltsbeschluss hinaus frei werdenden Gelder aus der Umsetzung des Schulentwicklungsplanes zur Entwicklung der Grundschulen und zur Förderung der Kinder eingesetzt werden müssen und nicht zu weiteren Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung genutzt werden dürfen. Der Rat stimmte dem Antrag zu.